



Abgeordnete der Fraktion
in der Hamburgischen
Bürgerschaft

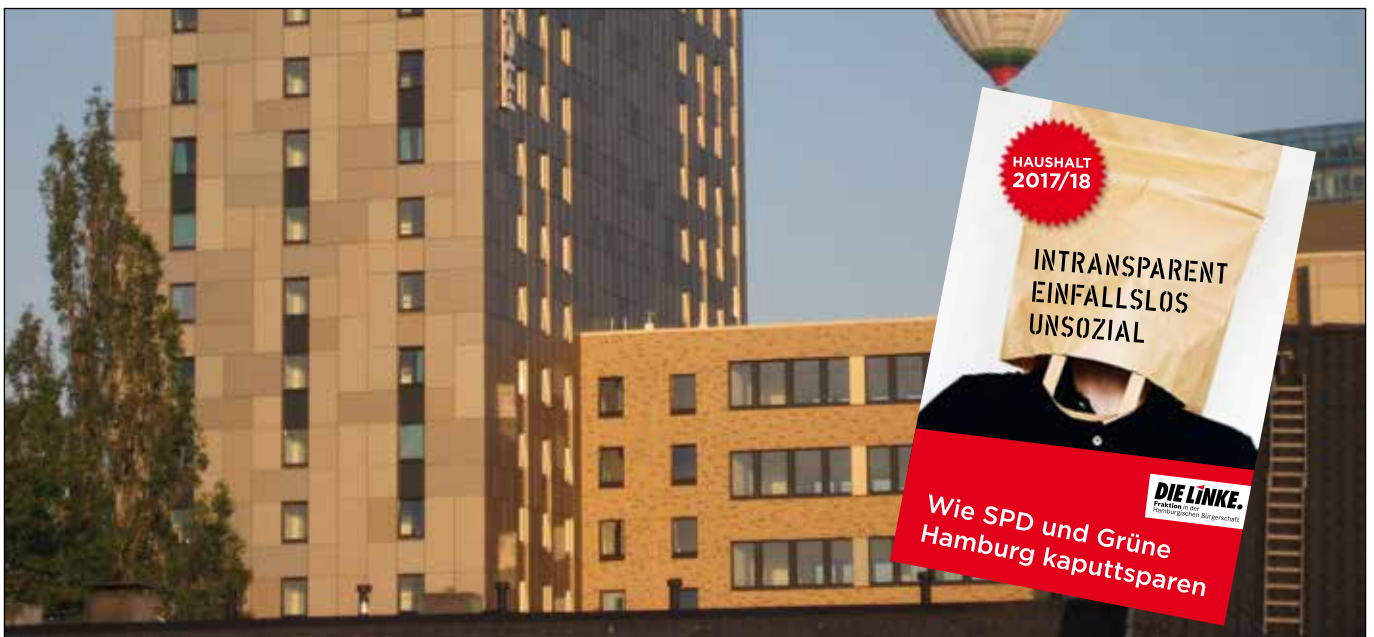
DIE LINKE.

BürgerInnenbrief

27. Oktober 2016

Politik für die Schwächsten +++ Flauere Hafenwirtschaft +++ Sozialbindungen erhalten +++ Gegen Abschiebegewahrsam

Liebe Leserinnen und Leser,



Hintergrundfoto: Michael Joho/Haushaltbroschüre der Linksfraktion

die neue Ausgabe des »BürgerInnenbriefes« erscheint am Ende der Herbstferien, die einige GenossInnen aus der Linksfraktion zum Kräftesammeln nutzen, denn in den kommenden Wochen stehen die anstrengenden Bürgerschaftsdebatten über den neuen Doppelhaushalt 2017/2018 an. Es ist diesbezüglich erstaunlich ruhig in der Stadt, erinnern wir uns doch so manchen »heißen Herbstes«, der die Etatverhandlungen mit Demonstrationen und Veranstaltungen aller Art begleitete.

Um so wichtiger ist es uns, auf eine Veranstaltung aufmerksam zu machen, die die Linksfraktion am **Mittwoch, den 2. November**, um 18.30 Uhr im Rathaus (Raum 151) durchführt: eine **öffentliche Anhörung zum »Sparhaushalt 2017/2018«**, auf der rund zwei Dutzend VertreterInnen aus sozialen, pädagogischen sowie kulturellen Einrichtungen und Initiativen über die konkreten Auswirkungen der rot-grünen Sparpolitik berichten. Die Veranstaltung ist natürlich öffentlich, Interessierte sind herzlich eingeladen.

Und wer es nicht dorthin schafft, kann sich mittels einer soeben fertig gewordene Broschüre über die Position

der LINKEN hinsichtlich der haushaltspolitischen Analyse und Alternativen ein Bild machen. Das 40seitige Material trägt den Titel »Intransparent, einfalllos, unsozial. Wie die SPD und GRÜNE Hamburg kaputtsparen«, ist ab sofort in allen Partei- und Fraktionsbüros zu erhalten oder unter www.linksfraktion-hamburg.de/2016/10/06/neue-linken-broschüre-zum-haushalt-hamburg-wird-kaputtgespart/ herunterzuladen. Und wer sich dafür interessiert, wie die aktuellen Probleme aus unserer Sicht kommentiert werden, schaut auch gleich noch in die neue »Backbord«, die vierteljährlich publizierte Zeitung der Linksfraktion in der Bürgerschaft: www.linksfraktion-hamburg.de/2016/10/11/die-neue-backbord-schule-haushalt-kids-und-wohnraum/.

Wir wünschen (uns) allen einen, wenn schon nicht allzu »heiß« ausfallenden, so doch wenigstens ab und an sonnigen Herbstverlauf. Die nächste Ausgabe des BB erscheint dann Mitte November.

Herausgeberinnen und Redaktion

»Behalten Sie die Schwächsten im Auge«

Von Birgit Müller anlässlich des 70. Jahrestags der ersten freien Wahlen zur Bürgerschaft nach der Befreiung



Anti-TTP-Demo vor dem Hamburger Rathaus, 17.9.2016 (Foto: M. Fisch)

Am 13. Oktober 1946 fand die erste Wahl zur Hamburgischen Bürgerschaft nach der Befreiung von Nationalsozialismus und Krieg statt. Die ersten freien Wahlen in Hamburg seit 1932 wurden noch nach dem britischen Mehrheitswahlrecht abgehalten, das zu einer starken Verzerrung der Stimmenanteile hinsichtlich der Anzahl der Mandate im Landesparlament führte. Die SPD errang damals unter den 765.008 WählerInnen (von 958.454 Wahlberechtigten; die Wahlbeteiligung lag bei 79,0%; jedeR WählerIn hatte vier Stimmen) einen Stimmenanteil von 43,1%, erhielt aber 83 von insgesamt 110 Sitzen (siehe Tabelle).

Sieben Jahrzehnte Hamburgische Bürgerschaft, das hat auch Birgit Müller, die Chefredakteurin des Straßenmagazins »Hinz & Kunzt«, zu einem mahnenden Wort an die Abgeordneten des Landesparlaments veranlasst. Wir danken der engagierten Autorin für die Möglichkeit zur Übernahme ihres Beitrages in diesem »BürgerInnenbrief«.

Sehr geehrte Abgeordnete der Hamburgischen Bürgerschaft, neulich habe ich eine Hamburger Autorin interviewt, die von ihrem saudischen Vater zu einer »Demokratin durch und durch« erzogen wurde, wie sie sagt. Und die weinen könnte, wenn sie einen so wunderschönen Satz hört wie: »Die Würde des Menschen ist unantastbar.« Sie ist völlig schockiert darüber, dass viele Menschen das Grundgesetz nicht mehr zu würdigen wissen. Mir geht es auch so.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen, dass Sie trotz aller Herausforderungen, trotz aller Anfeindungen und Egoismen immer genug Kraft und Energie haben, diese Werte zu vertreten. Dass Sie sich das Mitgefühl für die Menschen erhalten, um die

Ergebnisse der Bürgerschaftswahl am 13. Oktober 1946

Partei	Stimmen	in %	Sitze
SPD (Sozialdemokratische Partei Deutschlands)	1.210.010	43,1	83
CDU (Christlich Demokratische Union Deutschlands)	749.153	26,7	16
PFD (Partei Freier Demokraten)	509.632	18,2	7
KPD (Kommunistische Partei Deutschlands)	291.701	10,4	4
RSF (Radikal-Soziale Freiheitspartei)	20.034	0,7	-
DKP (Deutsche Konservative Partei - Deutsche Rechtspartei)	9.625	0,3	-
RPD (Republikanische Partei Deutschlands)	3.769	0,1	-
Einzelbewerber	13.881	0,5	-

aus: Wikipedia, Bürgerschaftswahl in Hamburg 1946

es bei Ihren Entscheidungen geht. Und dass Sie immer auch die Schwächsten unserer Gesellschaft im Auge behalten. Im täglichen Klein-Klein wünsche ich Ihnen, dass Sie sich nicht in parlamentarischen Schaukämpfen verlieren. Dass Sie selbstkritisch bleiben und sich immer daran erinnern, was Sie gestern gefordert oder getan haben. Zwei Beispiele: Es kommt nicht gut an, wenn CDU-Abgeordnete den Senat kritisieren, weil er zu wenige Wohnungen baue – ohne zu erwähnen, dass unter der CDU-Regierung kaum Wohnungen gebaut wurden, geschweige denn bezahlbare. Frustrierend ist, wenn die SPD in der Opposition im Herbst 2010 einen Antrag zur Bekämpfung

von Obdachlosigkeit schreibt, der – bei Umsetzung – wirklich wirkungsvoll gewesen wäre.

Nach Regierungsantritt 2011 war das Papier dann nur noch ein Lippenbekenntnis. Die Zahl der Obdachlosen ist seit damals dramatisch gestiegen. 2000 Menschen leben derzeit nach Angaben der Wohlfahrtsverbände auf der Straße. Selbst die Obdachlosen, die eigentlich ein Recht auf Unterbringung haben, bekommen nichts. Die bittere Wahrheit für uns Helfer und vor allem für die Betroffenen: Der politische Wille, die Obdachlosigkeit zu beseitigen, fehlt.

Dabei haben wir den Eindruck, dass Sie für uns als Projekt immer ein offenes Ohr hatten und haben. Anfang der 2000er-Jahre bekamen wir drei Jahre hintereinander einen Mietzuschuss, weil wir einen drastischen Einnahmerückgang hatten. Was uns richtig glücklich machte: Der Beschluss wur-

de von allen Fraktionen einstimmig getroffen. Noch ungewöhnlicher der Beschluss der Bürgerschaft kurz nach unserer Gründung 1993: Die Hinz&Küntzler durften in diesem ersten Jahr ihre Einnahmen behalten – ohne Abzug bei der Sozialhilfe.

Für die Zukunft wünsche ich Ihnen mehr davon: unkonventionelle und mutige Beschlüsse. Im Sinne der Menschen, die auf Sie bauen. Und bitte gewöhnen Sie sich nicht daran, dass Menschen einfach auf der Straße liegen und Platte machen, wie wir das nennen. Wie sehr sich die meisten nach einem Dach über dem Kopf sehnen, können Sie daran erkennen, dass sie Schlange stehen, wenn das Winternotprogramm beginnt. Wissend, dass sie im März wieder vor die Tür gesetzt werden, auch wenn sie sich noch so sehr wünschen, endlich irgendwo anzukommen, wo man die Tür zumachen kann. Und obwohl sie eigentlich auch ein Recht darauf hätten.

Schlechtwetter über dem Hamburger Hafen

Von Joachim Bischoff



Hafenpanorama im Herbst 2015 (Foto: M. Fisch)

Über dem Hafen Hamburg ziehen sich seit längerem dicke Schlechtwetterwolken zusammen. Hamburgs Herzkammer leidet unter deutlichen Rhythmusstörungen, was wiederum dem rückläufigen Volumen des Welthandels und damit dem drastischen Rückgang des Containerumschlags zu verdanken ist. Ein weiterer Grund ist das bei Gericht festhängende Projekt der Elbvertiefung. Noch immer steht die schon vor 15 Jahren geplante »Fahrrinnenanpassung« der Elbe aus. Der Fluss soll von 13,5 auf 14,5 Meter Tiefe ausgebaggert werden, damit auch die größten Schiffe der Welt hier – möglichst unabhängig von Ebbe und Flut – ihre Ladung löschen oder abtransportieren können.

Selbst wenn die Vertiefung doch noch erlaubt werden sollte, ist fraglich, ob dies den Bedeutungsverlust des Ham-

burgs Hafens aufhalten kann. Allen Warnzeichen zum Trotz hat das Establishment weiteres Wachstum im Containerumschlag unterstellt. Nicht nur die HHLA, die zu zwei Dritteln der Stadt Hamburg gehört, bekommt die Abkühlung der Weltwirtschaft zu spüren. Für den Konkurrenten Eurogate sieht es nicht viel besser aus. Dort sank die Zahl der umgeschlagenen Container im letzten Jahr um zwei Prozent. Beide Unternehmen sind von Umsatzeinbußen betroffen, die Gewinne schrumpfen.

Auch bei Hamburgs Traditionsreederei Hapag-Lloyd sind die Wirtschaftsdaten enttäuschend. Im ersten Halbjahr 2016 sackte das Konzernergebnis gegenüber dem Vorjahreszeitraum um gewaltige 300 Mio. Euro ab – auf einen Verlust von 142 Mio. Euro. Das Kapital, das die weltweit fünfgrößte Con-

tainer-Reederei in den Betrieb von insgesamt 170 Frachtschiffen investiert hat, kam so auf eine Minusrendite von 1,3%. Seit geraumer Zeit sucht das Unternehmen dem negativen Trend durch Fusionen mit anderen Konkurrenten zu entfliehen. Mehr Marktmacht und Synergieeffekte durch Größe lautet das Credo: »Hapag-Lloyd wird nicht nur größer, sondern auch internationaler und vor allem wettbewerbsfähiger.« Durch Kapitalfusionen verspricht sich Hapag-Lloyd Wettbewerbsvorteile im hart umkämpften Containergeschäft.

Vor zwei Jahren fusionierte Hapag-Lloyd mit der chilenischen Großreederei CSAV und in diesem Jahr kam noch die United Arab Shipping Company UASC aus Kuwait dazu, um mit den mächtigen Wettbewerbern wie der dänischen Maersk-Gruppe, der MSC aus der Schweiz oder der französischen CMA CGM konkurrieren zu können. Trotzdem wird der Wettbewerbsdruck weiter anhalten. Mit ihrem schon vor einigen Monaten angekündigten Zusammenschluss wollen die beiden Konzerne die Branchenkrise bewältigen. Die Containerschiffahrt leidet seit einigen Jahren unter Überkapazitäten und sinkenden Frachtraten. Hapag-Lloyd verfügt nach der Integration über eine Flotte von 237 Schiffen und rückt damit in den Kreis der fünf weltweit größten Containerschiffreedereien auf. »Nach der erfolgreichen Integration von CSAV, die Mitte 2015 abgeschlossen wurde, ist diese Transaktion mit UASC ein weiterer Meilenstein in der Geschichte von Hapag-Lloyd«, sagte Hapag-Lloyd-Chef Rolf Habben Jansen. UASC ist in den Vereinigten Arabischen Emiraten ansässig und gehört mehrheitlich den Staatsfonds Saudi-Arabiens und Katars. Die global tätige Reederei ist nach eigenen Angaben der dominierende Anbieter im Mittleren Osten.

Die Erschütterungen der Weltwirtschaftskrise erfassen jetzt also Hamburgs Hafen und die dort ansässigen Unternehmen. Aber auch das Desaster der HSH Nordbank ist neben massiven Fehlern des Bankmanagement auf die seit Jahren anhaltende Schiffahrtskrise zurückzuführen. Vor der großen Weltwirtschafts- und -finanzkrise 2008 wurden massive Transportkapazitäten durch Riesenfrachter aufgebaut. Die Banken, allen voran die deutschen Landesbanken, hatten immer neue Fonds aufgelegt und ihren Anlegern prächtige Renditen versprochen. Die HSH Nordbank, die Landesbank von Schleswig-Holstein und Hamburg, war vor acht Jahren der weltgrößte Schiffs-Finanzierer. Bis die Blase platzte. Heute steht das Bankhaus auf Druck der EU-Kommission vor der Abwicklung.

Der Teufelskreis zieht immer größere Ringe: Zu viele Schiffe auf dem Markt führen zu niedrigen Frachtraten, also zu niedrigen Preisen pro transportiertem Container. Und genau diese niedrigen Frachtraten lassen die Umsätze der Reedereien absacken. Beschleunigt wurde dieser Prozess dadurch, dass die Transport-Aufträge nach dem Ausbruch der Krise ausblieben und die Reedereien sich gegenseitig mit immer niedrigeren Frachtraten unterboten. Viele Reeder können krisenbedingt nur noch die Zinsen für die einstigen Mega-Investitionen zahlen. Und noch immer sind viel zu viele Schiffe auf dem Markt. Besonders dramatisch ist die Situation für kleine Reedereien. Die Konsolidierung hält an und inwie-

weit es gelingt, durch Fusionen den Markt jetzt mittelfristig zu stabilisieren, ist heute noch nicht abzusehen.

Pleite der der südkoreanischen Hanjin-Reederei

Gerade erst hat die Pleite der südkoreanischen Hanjin-Reederei – eines großen Konkurrenten von Hapag-Lloyd – die Branche aufgerüttelt. Hanjin beantragte Insolvenz – und das wirkt sich auch auf Hamburg aus. Seit dem Insolvenzantrag Ende August sitzen weltweit Dutzende Hanjin-Schiffe fest, weil die Mannschaften Hafen- und Bearbeitungsgebühren nicht begleichen können. Betroffen sind mehr als 1.200 Besatzungsmitglieder. Hapag-Lloyd hatte sich mit Hanjin und weiteren Partnern erst vor wenigen Monaten darauf geeinigt, in einer weltweiten Allianz ab dem kommenden Jahr gemeinsam Liniendienste anzubieten. Ein Ende Hanjins bedeutet für die übrigen Linienreedereien, dass ein Konkurrent weniger um die knappen Transportmengen kämpft. Eine direkte Übernahme durch Hapag-Lloyd ist nicht zu erwarten. Denn dann müssten auch die 4,5 Mrd. Euro Schulden übernommen werden. »Das kommt für uns nicht infrage. Wir konzentrieren uns auf den Zusammenschluss mit UASC«, sagte ein Hapag-Lloyd-Sprecher.

Sofort als bekannt wurde, dass Hanjin zahlungsunfähig ist, begannen einzelne Häfen damit, dem Schiffahrtsunternehmen den Zugang zu verweigern. Sie fürchten, dass das Unternehmen ihnen die Gebühren nicht mehr bezahlen kann. In Rotterdam erhält das Unternehmen keinen Schiffstreibstoff mehr. Terminalbetreiber in verschiedenen Häfen weigern sich, Hanjin-Schiffe abzufertigen, und betrachten die Verträge als gekündigt. Die Lieferkette der Reederei zwischen Asien und Europa ist zusammengebrochen. »Unser Unternehmen bewegt weltweit 1,5 Millionen Container am Tag. Das ist jetzt ins Stocken geraten«, sagt der Deutschland-Chef der südkoreanischen Reederei. Das werde sich auch in Deutschland bemerkbar machen. Hier habe Hanjin einen Marktanteil im Lieferverkehr mit Fernost von sieben Prozent.

Die Überkapazitäten drücken die Frachtraten unter die Betriebskosten. Für den Transport eines Containers von Shanghai nach Europa erhalten die Reedereien derzeit im Schnitt nur noch 690 US-Dollar. Damit liegen die Frachtpreise zum



Hanjin-Containerschiff 2014 (Foto: wikipedia)

Teil unter den Transportkosten. Ende 2015 war der Schuldenberg von Hanjin auf umgerechnet rund 4,5 Mrd. Euro angestiegen.

Der Hafen der Hansestadt ist ein bedeutender Standort für Hanjin. Die südkoreanische Reederei hat hier ihre Europa- und Deutschlandzentrale - mit annähernd 200 MitarbeiterInnen. Fast täglich kommt ein im Liniendienst verkehrendes Hanjin-Schiff in der Hansestadt an. Mit einem Ladungsaufkommen von mehr als 200.000 Standardcontainern (TEU) im Jahr gehört das Unternehmen zu den zehn größten Hamburger Schifffahrtskunden. Die wegfallenden Dienste werden von anderen Reedereien locker aufgefangen werden. Ob Hamburg anderen Häfen folgt und Hanjin-Schiffen künftig den Zugang verwehrt, wollte die Hafenbehörde Hamburg Port Authority (HPA) nicht bekannt geben. Ein HPA-Sprecher sagte lediglich: »Welche Auswirkungen die Insolvenz der Reederei Hanjin auf den Hamburger Hafen hat, lässt sich zu diesem Zeitpunkt noch nicht sagen.«

Weitere Insolvenzen am Horizont

Betroffen durch die Hanjin-Pleite sind auch Hamburger Charterreedereien wie Bertram Rickmers. Das Unternehmen hat Schiffe an Hanjin verchartert und wird wohl die Chartergebühren abschreiben müssen. Auch das trägt dazu bei, dass Schiffsvermieter Bertram Rickmers immer näher an den Abgrund treibt. Denn Rickmers trifft die Krise besonders hart. Die Hamburger vermieten an andere Reeder. Die wollen zuerst ihre eigenen Schiffe füllen und möglichst schnell raus aus ihren Charterverträgen. Wenn sie noch Schiffe mieten, dann nur zu Tiefstpreisen. Die Frachtraten sind aufgrund der Überkapazitäten und einer geringeren Transportnachfrage extrem gesunken. Insbesondere auf der Strecke zwischen Fernost und Europa, auf der Hanjin einen bedeutenden Marktanteil hat, waren die Raten zuletzt eingebrochen. Die Charterraten liegen so tief, dass die anfallenden Verluste durch Rückgriff auf das Eigenkapital ausgeglichen werden müssen. Die Verluste bei Rickmers häufen sich, das Eigenkapital schrumpfte zuletzt um 26%. Das Schicksal des 180 Jahre alten Imperiums liegt mittlerweile weitgehend in den Händen von Banken und Anlegern.

Kurzgefasst bedeutet die Schlechtwetterlage: Hapag-Lloyd, die fünfgrößte Container-Reederei der Welt und die Nummer eins in Deutschland, fährt mit Volldampf in die Verlustzone. Bei Rickmers sieht es nicht besser aus. Auch die anderen Hafenunternehmen werden von dem Abwärtssog erfasst. Das Minus bei den Firmen wie HHLA und Hapag Lloyd oder der HSH Nordbank, die große Kapitalbeteiligungen der Hansestadt haben, trifft in der Konsequenz auch die öffentlichen Finanzen. An der Hafenvirtschaft hängen viele Jobs in Hamburg.

Verschlafene Strukturpolitik

All dies kommt nicht überraschend. Die Hoffnung, durch Kreuzfahrtschiffe und Eventkultur aus der wirtschaftlichen Sackgasse herauszukommen, war illusionär. Der Direktor des Hamburgischen WeltWirtschaftsinstituts (HWWI), Völ-



Musicalreclame 2015 (Foto: M. Fisch)

pel, mahnt zu Recht: »Aber es reicht nicht aus, wenn unsere Wirtschaft vor allem auf Kreuzfahrer und Musicalbesucher setzt. Wir brauchen technologisch anspruchsvolle, innovationsstarke Wirtschaftszweige.«

Neuere Untersuchungen zeichnen kein erfreuliches Bild: Für das Jahr 2025 ist der Containerumschlag bislang auf 22,8 Mio. TEU taxiert worden - nach nun vorgelegten Daten soll zu dem Zeitpunkt ein Wert von 14,5 Mio. TEU erreicht werden. Die neue Prognose reicht bis in das Jahr 2030 hinein, und für diesen Zeitpunkt wird dort ein Containerumschlag von 18,1 Mio. TEU angegeben. Diese Menge an Containern sollte nach den früheren Berechnungen bereits fast ein Jahrzehnt zuvor in Hamburg umgeschlagen werden. Das heißt aber auch: Der Marktanteil Hamburgs unter den Nordseehäfen von derzeit gut 23% wird in den kommenden Jahren sinken.

Die Wirtschaftsbehörde hat viel zu spät gegengesteuert. Es geht einerseits um eine Bestandsaufnahme des nach Singapur weltweit wichtigsten Schifffahrtsstandortes Hamburg. Andererseits geht es um Handlungsoptionen, um die Seeschifffahrt in der Hansestadt nachhaltig zu stärken. »Hamburg kann die Marktbedingungen der internationalen Schifffahrt kaum beeinflussen«, sagte Wirtschaftssenator Frank Horch. »Wir müssen aber verdeutlichen, dass die Seeschifffahrt einen Strukturwandel braucht.« Leider ist dieser Erkenntnis bisher keine politische Handlung gefolgt.

Ruinöser Wettbewerb zwischen den führenden Reedereien, wachsende Überkapazitäten auch durch die Inbetriebnahme immer größerer Containerfrachter und ein Paradigmenwechsel im Welthandel setzen der Schifffahrtsbranche zu, aber auch dem wirtschaftlichen Umfeld an ihren wichtigsten Standorten.

Trotz der jahrelangen Krise ist die maritime Wirtschaft in Hamburg immer noch ein gewichtiger Wirtschaftsfaktor. Die Schifffahrt in der Hansestadt bringt eine jährliche Wirtschaftsleistung von rund 4,1 Mrd. Euro. Der Branche werden demnach in Hamburg rund 460 Unternehmen mit 23.550 Beschäftigten zugerechnet. Mehr als 1.500 Schiffe werden von Hamburg aus bereedert. Rund 70% aller Container-Charter-schiffe werden von Hamburg aus vermittelt. Gerupft worden ist in den vergangenen Jahren in Hamburg besonders das Segment der Schiffsfiananzierung. Rund 15% des weltweiten Volumens an Schiffskrediten werden in der Hansestadt verwaltet. Die weltweit führende Bank für Schiffsfiananzierungen, die



Hafen-Impressionen (Foto: M. Joho)

HSH Nordbank, muss wegen massiver Probleme ihre Schiffsfinanzierung drastisch zurückfahren. Bis zum Jahr 2018 wird sich entscheiden, ob die Landesbank von Hamburg und Schleswig-Holstein gemäß den Auflagen der Europäischen Kommission an neue Investoren verkauft werden kann oder aber komplett abgewickelt wird.

Die Schifffahrtskrise bedeutet für die Hamburger maritime Wirtschaft aktuell eine Abwärtsspirale: Mengenverluste durch den Abwärtstrend im Welthandel und große Überkapazitäten im Transport. Mengenverluste führen zu Einnahmeverlusten und das sind am Ende des Tages auch Einnahmeverluste für die Stadt Hamburg – und für die Region. Der Hafen hat insgesamt im Jahr 2015 mehr als eine halbe Milliarde an Wertschöpfung für die Volkswirtschaft geleistet. Noch ist Hamburgs Hafen trotz der Fahrinnenprobleme wettbewerbsfähig.

Zu kämpfen haben alle Hafenstädte mit der schwächelnden Weltwirtschaft. Die einstigen Prognosen aus Vorkrisen-Zeiten sind einer neuen Nüchternheit gewichen: Heute sind die Hamburger Hafenbetriebe froh, wenn es knapp neun Mio. Stahlboxen sind, die hier gelöscht oder verladen werden. Und es gibt den exzellenten Hinterlandverkehr. So unterstreicht der HHLA-Sprecher: »Es gibt Standortvorteile von Hamburg, die wird Rotterdam auch nicht kompensieren können. Wir sind 150 Kilometer im Inland. Und der Transport mit dem Schiff ist immer noch der günstigste, verglichen mit der Bahn oder dem LKW oder anderen Verkehrsmitteln. Wenn ich diese Fracht dann aber in Rotterdam ablege, dann muss ich von Rotterdam aus mit dem Zug nach Mittel- oder Osteuropa, da steigen die Transportkosten.«

Außerdem, so Torsten Engelhardt, würde rund ein Drittel der Schiffsloadungen, die im Hafen gelöscht werden, in und um Hamburg weiterverarbeitet. Diese Ladung komme also in jedem Fall in der Hansestadt an. Und drittens könnte der Rottdamer Hafen nicht mit der Bahnanbindung im Hamburger Hafen konkurrieren: »Allein von Hamburg aus fahren pro Tag mehr als 200 Züge. Das heißt, ich kriege meine Fracht

relativ schnell von Hamburg aus zu bestimmten Zielen und zwar mit einem relativ günstigen Verkehrsmittel verglichen mit dem LKW.«

Nach Redaktionsschluss eingegangene

NDR-Meldung vom 24.10.2016:

Hanjin-Pleite: Standort in Hamburg schließt

Die insolvente südkoreanische Reederei Hanjin wird ihre Standorte in Europa dichtmachen. Davon ist insbesondere Hamburg betroffen, wie NDR 90,3 berichtete. Denn der Hauptsitz der Reederei in Europa befindet sich in der Hafencity.

Schließung der Büros noch diese Woche

Bis zuletzt hatten die Hanjin-Mitarbeiter am Sandtorpark in der Hafencity gehofft, dass es für sie irgendwie weitergeht – vergeblich, wie sich jetzt zeigt. Der Mutterkonzern in Südkorea hat beim zuständigen Insolvenzgericht beantragt, gleich mehrere Außenstandorte zu schließen, darunter den in Hamburg. Betroffen sind auch Niederlassungen in Dänemark, Frankreich, Italien, Polen und Spanien. Mit der Schließung der Büros soll noch in dieser Woche begonnen werden, hieß es in der Konzernzentrale in Seoul. Unklare Zukunft für die Mitarbeiter

Was aus den rund 200 Beschäftigten in Hamburg wird ist unklar. Das Unternehmen wollte sich auf Anfrage von NDR 90,3 nicht äußern. Hanjin hat rund fünf Milliarden Euro Schulden – und musste vor wenigen Wochen Insolvent anmelden. Seit der Pleite sind drei Frachter des Unternehmens in Hamburg entladen worden, in der kommenden Woche wird mit der »Hanjin Gold« ein viertes Schiff erwartet. Aus Sorge davor, beschlagnahmt zu werden, können die Hanjin-Schiffe nur noch wenige Häfen weltweit ansteuern – darunter Hamburg.

Veranstaltungs-Tipps und Hinweise

Im nächsten Jahr finden bekanntlich die **Wahlen zum Deutschen Bundestag** statt. **Aus der Hamburger LINKEN** haben bereits die ersten InteressentInnen ihren Hut in den Ring der **möglichen KandidatInnen** für den durchaus aussichtsreichen 1. Platz der Landesliste geworfen. Am **Freitag, den 28. Oktober**, gibt es eine erste Debatte zwischen den bisherigen KandidatInnen: der Bürgerschaftsabgeordneten Inge Hannemann, dem Europaparlamentarier Fabio de Masi und dem Landessprecher der Hamburger LINKEN, Rainer Benecke. Die von Hartmut Ring und Hartmut Obens moderierte Debatte beginnt um 19.30 Uhr im Seniorenzentrum der LAB Eppendorf (Eppendorfer Weg 232).

Bezahlbarer Wohnraum – Für Alle! Diese Forderung steht im Mittelpunkt des 3. Mietenpolitischen Ratschlags, den die Bundestagsfraktion der LINKEN am **Samstag, den 29. Oktober**, von 11.00 bis 18.00 Uhr im Kölner Bürgerzentrum Ehrenfeld (Venloer Straße 429) durchführt. VertreterInnen aus der gesamten Republik von Mieterverbänden und -initiativen, ExpertInnen aus der Wohnungspolitik usw. sind zugegen, Heike Sudmann nimmt teil an einem Workshop zum Thema Leerstände. Anmeldung und Informationen unter www.linksfraktion.de/termine.



Eine der zentralen Fragen der Zukunft und nicht zuletzt des Wahljahres 2017 dürfte die Gesundheitsversorgung, genauer: des Krankenversicherungssystems sein. Der Landesverband des Sozialverbandes Deutschland (SoVD) wirft deswegen die brisante Frage auf: **Ist die gesetzliche Krankenversicherung zukunftsfähig?** Am **Montag, den 31. Oktober**, wird sie von diesen PodiumsteilnehmerInnen ab 18.00 Uhr in der AOK-Regionaldirektion Hamburg (Pappelallee 22-26) diskutiert: Klaus Wicher (SoVD-Landesvorsitzender), Thomas Bott (AOK-Regionaldirektor), Prof. Dr. Ingo Heberlein (emer. Prof. für Sozial- und Gesundheitsrecht an der Hochschule Fulda), Prof. Dr. iur. Gerhard Igl (emer. Prof. an der Universität Kiel), Prof. Dr. Ingo Heberlein (emer. Prof. an der Hochschule Fulda), Kathrin Vogeler (gesundheitspolitische Sprecherin der Bundestags-LINKEN), ein/e SPD-Vertreter/in (N.N.). Die Moderation liegt bei Herbert Schalthoff.



Die wegen des Todes von Helmut Greve und des im Rathaus-Foyer ausgelegten Kondolenzbuches vorzeitig abgebrochene **Ausstellung der Hamburger Stadtteilbeiräte** wandert jetzt durch verschiedene bezirkliche Einrichtungen. Den Auftakt macht das Rathaus Altona (Platz der Republik 1), wo die umfangreiche Präsentation werktags vom **1. bis zum 18. November** zu sehen ist. Im Rahmen der Ausstellung stellt sich die Altonaer Bezirksamtsleiterin Dr. **Liane Melzer** am **Mittwoch, den 9. November**, um 17.00 Uhr der Diskussion mit den Beirätinnen.

Am **Donnerstag, den 3. November**, erinnert das Auschwitz-Komitee in der Bundesrepublik Deutschland e.V. wie schon in den Vorjahren an die **Pogromnacht 1938**. Dieses Mal ist die Überlebende **Erna de Vries** zu Gast, eine der NebenklägerInnen im Detmolder Auschwitz-Prozess. Sie wird – zusammen mit den AnwältInnen Christine Siegrot und Tobias Reckeweg – über die jüngsten Entwicklungen berichten. Die Gedenk- und Mahnveranstaltung findet auf dem Campus statt, in der ehemaligen Hochschule für Wirtschaft und Politik (Von-Melle-Park 9), und beginnt um 19.30 Uhr.



40 Jahre Kirchdorf-Süd, das ist ein schöner Anlass zum kritischen Rückblick auf diese Hamburger Großsiedlung. Die Geschichtswerkstatt Wilhelmsburg hat dazu eine **Ausstellung** zusammengestellt: Die Moderne siegt im Laubengang. Eröffnet wird sie im Laurens-Janssen-Haus (Kirchdorfer Damm



6) am **Donnerstag, den 3. November**, um 18.00 Uhr; zu sehen ist sie dann noch bis zum 30. Januar 2017. Im Rahmen dieser Ausstellung wird es auch Einzelveranstaltungen geben, z.B. am Donnerstag, den **24. November, 19.00 Uhr**, ein **Podiumsgespräch** zur Frage **Sanierung einer Großsiedlung – geht das überhaupt?** TeilnehmerInnen sind Roswitha Düsterhöft und Marit Pedersen (ehemals frauen planen um), frühere MietervertreterInnen, Dr. Andreas Pfadt (ASK) und Peter Koch (ehemaliger Baudezernent Hamburg-Mitte). Mehr unter www.geschichtswerkstatt-wilhelmsburg.de.

Zu einer großen **Friedenskonferenz** am **Samstag, den 5. November**, laden das KunstHaus am Schüberg und ein Trägerkreis ein, dem u.a. die VVN, das Eine-Welt-Netzwerk, gewerkschaftliche Gruppen sowie das Hamburger Forum für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung angehören. Die Tagung beginnt um 9.30 Uhr, der Abschluss ist für 20.00 Uhr vorgesehen. Neben den Vorträgen von Prof. Dr. Hanne-Margret Birckenbach (»Paradigmenwechsel von Sicherheitslogik zu Friedenslogik«) und Andreas Zumach (»Eurostrategische Perspektiven«) wird es Arbeitsgruppen zu Waffenexporten, Auslandseinsätzen, Drohnen, TTIP usw. geben. Tagungsort ist die Alfred Schnittke Akademie (Max-Brauer-Allee 24), der Eintritt ist frei, eine Spende aber erwünscht. Anmeldung per E-Mail an heinemeier@haus-am-schueberg.de, mehr unter www.hamburger-initiative-gegen-rüstungsexporte.de.

Um **Bezahlbaren Wohnraum in Hamburg** geht es bei einer Podiumsdiskussion der Patriotischen Gesellschaft am **Donnerstag, den 10. November**, um 18.30 Uhr, im Gebäude dieser ehrenwürdigen Institution (Trostbrücke 4-6). **Brauchen wir einen Richtungswechsel?** Über diese Frage streiten Prof. Dr. Jürgen Oßenbrügge (Universität Hamburg), Sylvia Sonnemann (Mieter helfen Mietern), Dipl.-Ing. Stefan Wulff (Otto-Wulff Bauunternehmung GmbH) und Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt. Der Eintritt ist frei, um Anmeldung bis zum 3. November wird gebeten (info@patriotische-gesellschaft.de).

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung Hamburg führt **vom 14. bis 18. November** einen **Bildungsurlaub** zum **Reichtum in Hamburg** durch. Die Spurensuche führt die TeilnehmerInnen durch die ganze Stadt, Hintergrundgespräche und Analysen runden die Veranstaltung ab. Der Teilnahmebeitrag beläuft sich auf 115 Euro/ermäßigt 75 Euro. Anmeldung bitte schleunigst per E-Mail an info@rls-hamburg.de, mehr Infos unter www.hamburg.rosalux.de/event/56377/reichtum-in-hamburg-eine-spurensuche.html.

In größeren Abständen veranstaltet die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen (BSW) eine so genannte **Stadtwerkstatt**, von der zuständigen Behörde bisweilen als großartige Möglichkeit der »Bürgerbeteiligung« angepriesen. Nun, mit der Beteiligung von unten ist es bei der Anlage dieses Formats nicht weit her, immerhin bekommen die TeilnehmerInnen aber Informationen aus erster Hand. Am **Donnerstag, den 17. November**, dreht sich die 13. Stadtwerkstatt um das schöne Motto Eine Stadt für Alle, diskutiert werden die Fragen **Wie wollen wir wohnen? Wo können wir bauen?** Die Veranstaltung findet von 17.30 bis 21.00 Uhr in der Fischauktionshalle (Große Elbstraße 9) statt, der Eintritt ist frei. Mehr unter www.hamburg.de/stadtwerkstatt.



Ciao Refugees, so ist eine Vortrags- und Diskussionsveranstaltung überschrieben, die die Linksfraktion am **Freitag, den 18. November**, um 18.30 Uhr im Kaisersaal des Rathauses organisiert. Es geht dabei um **Italiens Flüchtlingspolitik zwischen Hotspots und Willkommens-Kommunen**. Gastreferent ist der italienische Journalist Stefano Galieni, u.a. leitendes Mitglied der Menschenrechtsorganisation LasciateCIEntrate. Mehr unter <http://www.linksfraktion-hamburg.de/event/ciao-refugees-italiens-fluechtlingspolitik-zwischen-hotspots-und-willkommens-kommunen/>.

Wohnungen: Sozialbindungen erhalten!



Auf der Straße: Heike Sudmann in Altona (Foto: M. Joho)

Vor wenigen Tagen ist die neue Ausgabe der »Backbord«, die vierteljährlich erscheinende Zeitung der Linksfraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft, erschienen. Darin geht es u.a. um die aktuelle Schulpolitik, den im nächsten Jahr auf uns zurollenden G20-Gipfel und die Debatte des Doppelhaushalts 2017/18. Wir entnehmen dieser Ausgabe ein Interview mit Heike Sudmann

Mit einer neuen Kampagne will DIE LINKE Druck machen für mehr bezahlbaren Wohnraum. Dazu soll es Aktionen insbesondere in den Vierteln geben, in denen es (noch) viel sozialen Wohnungsbau gibt. Ein Interview mit Heike Sudmann, wohnungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft.

Backbord: Der Senat hat angekündigt, künftig in jedem Jahr 10.000 neue Wohnungen bauen zu lassen. Das ist sogar mehr, als DIE LINKE bislang gefordert hat.

Sudmann: Über den Anstieg des Wohnungsbaus freuen wir uns sehr. Für unsere Forderung nach mehr Wohnungsbau sind wir immer wieder als unrealistisch gescholten worden – teilweise übrigens von den gleichen Leuten, die sich jetzt für die hohen Neubau-Zahlen feiern lassen. Die aktuelle Entwicklung zeigt, dass wir Recht hatten: Es ist möglich, viele neue Wohnungen zu bauen. Man muss eben nur wollen.

Backbord: Ziel erreicht also, wozu noch eine Kampagne?

Sudmann: Unser Ziel ist leider nur teilweise erreicht. Denn ein genauerer Blick zeigt, dass zwar die Zahl der Wohnungen stimmt, aber nicht die Art der Wohnungen. Es werden viel zu viele teure Wohnungen gebaut. Denn für immer

mehr Menschen ist nach Abzug der Miete zu wenig Geld für das normale Leben übrig.

Backbord: Der Senat spricht von einem »Drittmix« – ein Drittel Eigentum, ein Drittel Miete, ein Drittel Sozialwohnungen. Was ist daran falsch?

Sudmann: Der Drittmix hat nichts mit der Realität zu tun. Allein der Anteil der Sozialwohnungen müsste höher sein. Mehr als die Hälfte der Hamburger Haushalte könnte eine öffentlich geförderte Wohnung beanspruchen. Gebaut werden soll aber nur ein Drittel – wenn überhaupt! Wir haben mal nachgerechnet: Selbst das versprochene Drittel wurde in den letzten Jahren nie erreicht, der Anteil der Sozialwohnungen an den neu gebauten Wohnungen lag mitunter deutlich unter 30 Prozent. Der Senat schönt also seine Zahlen.

Backbord: Aber ist es nicht so, dass die vielen neuen Wohnungen den Markt entlasten, sich dadurch günstig auf die Mietpreise auswirken und dadurch alle profitieren?

Sudmann: Das wäre so, wenn die neu geschaffenen Wohnungen wirklich preisgünstig wären. Umgekehrt ist es leider richtig: Mehr als 70 Prozent der neu gebauten Wohnungen kommen auf den freien Markt, sind also teuer. Das Bauprogramm des Senats wird auf diese Weise dazu beitragen, dass alle Mieten am Ende noch weiter steigen.

Backbord: So einfach geht das doch gar nicht mehr. Schließlich gibt es doch jetzt die Mietpreisbremse.

Sudmann: Die Mietpreisbremse gilt überhaupt nicht für Neubauten. Und bei den anderen Wohnungen wird sie oft umgangen. Der Mieterverein zu Hamburg geht davon aus, dass sie bei etwa 40 Prozent der Weitervermietungen gar nicht beachtet wird und dass dadurch den Hamburger Mieter_innen ein Schaden von etwa 20 Millionen Euro entsteht. In der Bür-

gerschaft haben wir beantragt, die Mietpreisbremse zu verbessern, um sie endlich wirksam zu machen. Doch Rot-Grün hat das abgelehnt, will erstmal eine Auswertung Ende 2017 abwarten.

Backbord: Nochmal zurück zum Wohnungsbau. Selbst die CDU, bisher nicht als Vorkämpferin für den sozialen Wohnungsbau aufgefallen, will jetzt sogar 7.000 Wohnungen jährlich öffentlich fördern.

Sudmann: Die CDU geht es dabei nicht um die Menschen mit wenig Einkommen. Sie versucht wieder einmal mit öffentlichen Geldern Wohnungen für Menschen zu bauen, die sich teurere Miet- und auch Eigentumswohnungen leisten können. Für uns LINKE gibt es nur einen Weg, aus dem Mietenwahnsinn herauszukommen. Die Stadt muss mehr selbst bauen und verwalten, Wohnungsunternehmen müssen zu einer neuen Gemeinnützigkeit verpflichtet werden, nach dem Motto »Keine Rendite mit der Miete«. Ein wichtiger Schritt in Hamburg wäre, die zigtausend Wohnungen der SAGA, die jährlich aus der Sozialbindungen laufen, weiterhin zu den Sozialkonditionen zu vermieten. Dafür werden wir mit unserer Kampagne streiten.



Verzweifelter Wohnungsgesuch (Foto: M. Joho)

Bunker in Winterhude: für bezahlbares Wohnen!

Von Hartmut Ring, Koordinator der Bürgerinitiative »Wir-sind-Winterhude«



Hochbunker im Winterhuder Kuhnsweg (Foto: Hartmut Ring)

Im teuren Stadtteil Winterhude sind Bunker zum Spekulationsobjekt für InvestorInnen geworden, die hochpreisige Miet- oder Eigentumswohnungen bauen und damit die Gentrifizierung weiter verschärfen. Schon drei Hochbunker wurden hier abgerissen – mit allen negativen Begleiterscheinungen: uner-

träglicher Lärm, permanente Erschütterungen in weitem Umkreis und Schäden an Nachbargebäuden.

Dagegen hat sich eine BürgerInneninitiative gewehrt, die Initiative »Wir-sind-Winterhude«. Bisher konnten den Investoren und ihren zweifelhaften Subunternehmen lediglich Steine in

den Weg gelegt werden, z.B. mehrere Baustopps wegen Nichteinhaltung von Vorschriften. Aber weder die Abrisse noch die neuen teuren Gebäude konnten letztlich verhindert werden.

Die Initiative »Wir-sind-Winterhude« setzt sich seit vier Jahren gegen die weitere Verdichtung und Gentrifizierung des Stadtteils ein. Sie will die Sozialstruktur, die noch nicht gänzlich zerstört ist, erhalten und ein lebenswertes bezahlbares Wohnen in Winterhude auch im Alter möglich machen.

Jetzt sollte ein weiterer Bunker – im Kuhnsweg in Winterhude – zum Spekulationsobjekt werden. Er befindet sich im Eigentum des Bundes und soll – gemäß den Anweisungen des Finanzministers Schäuble – zu Höchstpreisen verkauft werden. Gegen diese Verkaufspraxis hatte sich schon im März 2015 DIE LINKE mit einem Antrag im Bundestag gewendet.

Die LINKE im Bezirk bekam frühzeitig Wind von der Sache und informierte die Öffentlichkeit. »Wir-sind-Winterhude« mobilisierte die Nachbarschaft, sammelte Unterschriften und wurde bei der Bezirksversammlung Hamburg-Nord vorstellig, um den Abriss und Verkauf zu Höchstpreisen zu verhindern. Sie forderte statt eines Abrisses den Umbau des Bunkers zu bezahlbarem Wohnraum und seine kulturelle und soziale Nutzung. Auf Antrag der Bezirksfraktion DIE LINKE kam schließlich ein von allen Parteien getragener Beschluss zustande, der den Forderungen der BI entsprach.

Wenngleich damit ein möglicher Abriss und Verkauf noch nicht vom Tisch war, unterstützte diese politische Willenserklärung der Fraktionen von SPD, CDU, LINKE und GRÜNE doch die Weiterarbeit der Bürgerinitiative.

Eine Besonderheit dieses Bunkers ist nämlich seine innere Struktur: Er eignet sich sehr gut für den ressourcenschonenden Umbau zu Wohnungen und im Erdgeschoss für kulturelle und soziale Nutzung. »Wir-sind-Winterhude« erarbeitete ein Konzept, wie der Bunker umgebaut und genutzt werden könnte, nannte es »KUNTERBUNKER« und erreichte die Unterstützung örtlicher Institutionen, wie des Kulturhauses Goldbekhaus, der Stiftung Bodelschwingh, und von Q 8/Quartiere bewegen.

Beratung und Gespräche mit PolitikerInnen, Stattbau und der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA), die im Auftrag des Bundes dessen Immobilien vermarktet, fanden statt. Viel Kleinarbeit – Infostände, Beteiligung am Stadtfest Winterhude, an den Wohnprojekte-Tagen von STATTBAU in der Uni, Unterschriftensammlungen (inzwischen über 400 UnterzeichnerInnen) – wurde von den AktivistInnen erledigt und zwei Homepages eingerichtet (www.wir-sind-winterhude.hamburg und www.kunterbunker-winterhude.de). Auch das »Wochenblatt« sowie das »Hamburger Abendblatt« wurden aufmerksam und berichteten.

Ein Brief an den Hamburger Finanzsenator Tschentscher blieb zunächst mehr als zwei Monate unbeantwortet. Schließlich bewegte sich doch etwas hinter den parteipolitischen Kulissen, weil der einstimmige Beschluss der Bezirksversammlung Nord schließlich nicht im luftleeren Raum hing. Senator Tschentscher kontaktierte die Initiative und versprach, mit der BImA in Verhandlung zu gehen. Er beauftragte den Landesbetrieb Immobilienmanagement und Grundvermögen (LIG)



Im Innern des Hochbunkers Kuhnsweg (Foto: Hartmut Ring)

mit den Verhandlungen. Sowohl der Beschluss der Bezirksversammlung als auch die beginnenden Verhandlungen führten schließlich dazu, dass die BImA den Bunker nicht – wie ursprünglich geplant – auf einer Immobilienmesse in München im Oktober angeboten und ihn auch bisher nicht im offiziellen Verkaufsportfolio aufgenommen hat. Ein erster wichtiger Erfolg!

Inzwischen hatte die Bürgerinitiative ein Gespräch mit einer Genossenschaft, die am Umbau des Bunkers zu sozialen Mieten interessiert ist. Ob die Realisierung gelingt, hängt aber entscheidend davon ab, dass die Stadt Hamburg das Objekt verbilligt erwerben kann, um es dann konzeptbezogen weiterzugeben. Eine Ende September gestartete Online-Petition auf [Change.org](https://www.change.org/p/der-hamburger-senat-der-hamburger-senat-soll-den-bunker-kaufen-um-g%C3%BCnstige-wohnungen-darin-zu-bauen) (<https://www.change.org/p/der-hamburger-senat-der-hamburger-senat-soll-den-bunker-kaufen-um-g%C3%BCnstige-wohnungen-darin-zu-bauen>) soll das Projekt zusätzlich befördern. Eine weitere Genossenschaft sowie eine Stiftung signalisierten zwischenzeitlich ebenfalls Interesse an dem Projekt »Kunterbunker« und der Zusammenarbeit mit der Initiative.

Die Entschlossenheit und Zähigkeit der AkteurInnen der BI mit starker Unterstützung der LINKEN-Fraktion in der Bezirksversammlung Hamburg-Nord, insbesondere der Fraktionsvorsitzenden Karin Haas, haben einen ersten Pflock gegen die weitere Gentrifizierung des Stadtteils gesetzt.

Es sind aber noch weitere Anstrengungen nötig, um schließlich das Projekt »Kunterbunker« zu realisieren. Wir hoffen, dass der Koalitionsbeschluss der Bundesregierung im Herbst 2015, wegen des großen Wohnraummangels Bundesimmobilien für sozialen Wohnungsbau verbilligt an die Kommunen abzugeben, unserer Sache nützen wird.

Der erste Erfolg macht uns Mut!

Die Initiative ist zu erreichen per E-Mail an:
mail@wir-sind-winterhude.hamburg

Abschiebebewahrsam ist menschenrechtswidrig

Von Surya Stülpe



Demo von Recht auf Stadt & Never Mind the Papers, 28.5.2016 (Foto: C. Schneider)

Am Hamburger Flughafen wurde gerade der bundesweit erste Abschiebebewahrsam geschaffen. Hier werden in bewachten und umzäunten Containern zukünftig bis zu 20 Menschen eingesperrt, obwohl sie keine Straftäter sind. Sogar Familien mit Kindern können, auf richterliche Anordnung, bis zu vier Tage »in Gewahrsam« genommen werden, wenn der Verdacht besteht, dass sie sich ihrer Abschiebung »entziehen« wollen. Neben der LINKEN halten auch die Diakonie und der Flüchtlingsrat die Einrichtung für menschen- und europarechtswidrig. »Es handelt sich definitiv um einen Freiheitsentzug, da täuschen auch Aufenthaltsräume, Fernseher und Kinderspielplatz nicht darüber hinweg. Und es ist absolut unverhältnismäßig, Menschen einzusperren, damit ihre reibungslose Abschiebung gewährleistet ist«, so Christiane Schneider, flüchtlingspolitische Sprecherin der Linksfraktion.

Der Abschiebebewahrsam in Hamburg geht einher mit einem massiven Rechtsruck in der Flüchtlingspolitik. Auf der europäischen und der Bundesebene werden immer mehr und immer repressivere Gesetze verabschiedet und Hamburg setzt sie, ohne mit der Wimper zu zucken, um. Scholz profiliert sich als Vorreiter in Sachen Abschiebungen.

Während auf der Bundesebene schon vorbereitet wird, dass Menschen künftig 14 statt vier Tage in Ausreisebewahrsam genommen werden können, nimmt in Hamburg eine Soko Abschiebungen die Arbeit auf. Polizei und Ausländerbehörde sollen gemeinsam die effizientere Abschiebung von Straftätern vorbereiten, dass viele Menschen dabei ihrer Rechte beraubt werden und dass auch Straftäter ein Men-

schenrecht auf Schutz und körperliche Unversehrtheit haben rückt dabei in den Hintergrund.

Zur Abschiebung afghanischer Geflüchteter

Die Sicherheitslage in Afghanistan ist katastrophal und wird sich absehbar nicht ändern, das haben die Entwicklungen der vergangenen Monate gezeigt. Nichtsdestotrotz forciert die Bundesregierung seit einiger Zeit Abschiebungen nach Afghanistan und Anfang Oktober schloss die Europäische Union ein Rückübernahmeabkommen mit der afghanischen Regierung, im Gegenzug wurden Afghanistan fast 14 Milliarden Euro »Finanzhilfen« versprochen.

Im Oktober 2015 hatte der Bundesinnenminister zudem angekündigt, die Entscheidungskriterien für Afghanistan zu verändern, weil ihm die Schutzquote zu hoch sei. Gleichzeitig lag die bereinigte Schutzquote von afghanischen Staatsangehörigen im Jahr 2015 bundesweit bei fast 80%.

Schon im Februar 2016 hatte der Bundesinnenminister von den Ländern gefordert, Abschiebungen nach Afghanistan durchzuführen. Auch Hamburg forciert die sogenannte freiwillige Ausreise afghanischer Staatsangehöriger und hat angekündigt, auch Abschiebungen durchführen zu wollen.

Die Betroffenen berichten von großer Sorge und schlaflosen Nächten, in die sie durch drohende Abschiebungen gestürzt werden. Bei Demonstrationen in Hamburg gegen Abschiebungen nach Afghanistan gingen in den vergangenen Wochen 1000 bis 2000 Menschen vorwiegend aus der afghanischen Community auf die Straße.

Kultur Tipp: Polittbüro – mehrere Besuche wert!



Hintergrundfoto: www.polittbuero.de/

POLITTBÜRO
Katja Kipping und Thomas Ebermann diskutieren

Antirassismus ...
... über Standpunkte und mögliche Praxis, gegen scheußliche Entwicklungen und faschistoide Gesinnungen

Nur Menschen mit Langzeitgedächtnis erinnern sich noch an »Damals, als »Refugees welcome« schwer angesagt war.

Faktisch ist seither – etwa durch das Abkommen mit der Türkei, die Schließung der Balkanroute, die Erfindung immer neuer, sicherer Herkunftsländer, die Verweigerung von Familiennachzug u.v.a.m. – dafür gesorgt worden, dass die Festung Europa kaum noch Schlupflöcher hat. Abschiebungen finden statt und weitaus größere sind in Planung.

Die »SZ« (20.09.2016) kommentiert zutreffend, dass die »Bundesregierung ihre Flüchtlingspolitik auf beispiellose Weise verschärft« habe und dass diese »rigide Politik« jenseits rhetorischer Differenzen schon längst fast alle Positionen der CSU übernommen hat». Nicht auszuschließen ist, dass Seehofers »Obergrenzen« bald von der realen Politik unterschritten wird.

2. November 2016
20.00 Uhr, Polittbüro
Steindamm 45, Hamburg
Eintritt: 15 €, ermäßigt: 10 €
Moderation: Peter Bremme

VeranstalterInnen:
ver.di Fachbereich Besondere Dienstleistungen
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Hamburg
Migrant (Migration und Arbeit im DGB)
Landemigrationsausschuss ver.di Hamburg
ver.di Fachgruppe Sozial-, Kinder- und Jugendhilfe (FB 6/7)

GEW **ver.di**



Es fällt wieder einmal schwer, aus der Vielzahl an interessanten Kulturangeboten eines auszuwählen. Tatsächlich häufen sich die sehenswerten Veranstaltungen in nächster Zeit gerade im »Polittbüro«, dem von Lisa Politt und Gunter Schmidt am Steindamm 45 geleiteten Kultur- und Veranstaltungszentrum. Wählen wir aus dem Programm für den Monat November einfach mal zwei Termine »außer der Reihe« aus – das Gesamtangebot findet sich hier: www.polittbuero.de.

Der ver.di-Fachbereich Besondere Dienstleistungen, die GEW und weitere gewerkschaftliche Gruppen laden für Mittwoch, den 2. November, um 20.00 Uhr, zwei illustre Gäste ins Polittbüro ein: die LINKEN-Vorsitzende Katja Kipping und den »konkret«-Autor Thomas Ebermann. Diskutieren werden sie über den Antirassismus, Standpunkte und mögliche Praxis gegen scheußliche Entwicklungen und faschistoide Gesinnungen. Die Moderation obliegt Peter Bremme (ver.di), der Eintritt beläuft sich – wie auch bei den folgenden beiden Veranstaltungen – auf 15 Euro, ermäßigt 10 Euro.

Am Montag, den 7. November, wird am Steindamm des 80. Jahrestages des Spanischen Bürgerkrieges gedacht. Zu Gast ist an diesem Abend, ebenfalls um 20.00 Uhr, der Wiener Schriftsteller Erich Hackl. Er liest aus seinem jüngst veröffentlichten Buch zeitgenössische Texte von Maria Osten, Willi Breidel, Anna Siemsen, Joseph Roth und anderen KämpferInnen für die spanische Republik. Zudem wird die einladende Willi-Bredel-Gesellschaft Geschichtswerkstatt e.V. ein Interview mit dem seit zwei Jahrzehnten tätigen »Chronisten des westeuropäischen und lateinamerikanischen Widerstandes gegen Faschismus und Militärdiktatur« führen. Das neue Buch von Erich Hackl trägt den Titel »So weit uns Spaniens Hoffnung trug. Erzählungen und Berichte aus dem Spanischen Bürgerkrieg«, hat 400 Seiten und kostet 25 Euro.

Auch ansonsten bietet das Polittbüro viele ansprechende, kritische und bewegende Veranstaltungen. Einfach mal ins Gesamtprogramm schauen!

Mit diesem BürgerInnenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie an: heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de oder christiane.schneider@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Lilienstr. 15, 20095 Hamburg; BürgerInnenbüro Christiane Schneider MdHB, Borgfelder Str. 83, 20537 Hamburg/Abgeordnetenbüro Lilienstr. 15, 20095 Hamburg.